



STADT ESSEN

Der Oberbürgermeister
Geschäftsbereich 2
- Finanzen -

Stadtdirektor
Christian Hülsmann

Raum 16.39
Telefon (0201) 88-88200
Telefax (0201) 88-88210
e-mail kaemmerer@essen.de
<http://www.essen.de/finanzen>

Stadt Essen · Geschäftsbereich 2 · 45121 Essen

DIE LINKE/DKP/AUF
Fraktion im Rat der Stadt Essen
Severinstr. 1

45127 Essen

vorab per mail

19.06.2009



Auswirkungen der Gewerbesteuereinnahmen auf den Haushalt hier: Ihr Antrag zur Sitzung des Rates vom 29.04.2009

Sehr geehrte Frau Giesecke,
sehr geehrte Herren,

aufgrund der aktuell herrschenden Unsicherheit über die genauen Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise weisen auch Prognosen über die Auswirkungen auf den städtischen Haushalt ein besonderes Maß an Unsicherheit auf. Ich schätze, dass wir gegen Ende Juli präzisere Prognosen abgeben können; dann bekommen wir z.B. die zweite Tranche unseres Einkommensteueranteils vom Land überwiesen.

Man braucht aber kein Prophet zu sein, um festzustellen, dass die weltweite Wirtschaftskrise in ganz erheblichem Umfang auch auf die Kommunen durchschlägt wird.

Vor diesem Hintergrund kann ich die von Ihnen in der Ratssitzung am 29.04.2009 aufgeworfenen Fragen zum jetzigen Zeitpunkt wie folgt beantworten:

1. *Welche Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise bei den Steuereinnahmen der Stadt Essen für das Jahr 2008 und dem ersten Quartal im Jahr 2009 gibt es bereits oder lassen sich abschätzen?*
2. *Mit welchen Auswirkungen rechnet die Kämmerei bei den Steuereinnahmen der Stadt für die anderen Quartale im Jahr 2009 und für die Haushaltsplanung 2010/2011?*

Im Jahre 2008 haben sich keine Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die Steuereinnahmen der Stadt Essen ergeben. Der Haushaltsansatz wurde sogar übertroffen, da sich insbesondere bei der Gewerbesteuer die Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform 2008 noch nicht in dem erwarteten Ausmaß im Vorauszahlungsverfahren ausgewirkt haben.



Der Arbeitskreis Steuerschätzung geht in seiner Mai-Prognose von einem Rückgang bei der Gewerbesteuer in Höhe von 14,7 % für die westdeutschen Kommunen aus. Dieses Ergebnis kann jedoch nicht 1:1 auf die Essener Situation übertragen werden. Hier spielt insbesondere die Struktur der Gewerbebetriebe in Essen eine Rolle. Außerdem haben wir im Jahr 2009 eine Sondersituation im Bereich der Gewerbesteuer.

Zur Zeit beträgt das Anordnungssoll der Gewerbesteuer für das Jahr 2009 rd. 352,7 Mio. €. Da dieser Betrag wöchentlich um ca. 5 Mio. € schwankt, handelt es sich bei dieser Zahl um eine Momentaufnahme.

Wenngleich die Gewerbesteuer demnach um rd. 14 Mio. € (= 3,84 %) unter dem Haushaltsansatz 2009 von 366,8 Mio. € liegt, so kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt aufgrund der aktuell herrschenden Unsicherheit keine seriöse Prognose für die weitere Entwicklung der Gewerbesteuer abgegeben werden, zumal in den Vorjahren die Gewerbesteuererinnahmen zum Jahresende stets zum Teil erheblich gestiegen sind.

Bei der Einkommensteuer beträgt das geschätzte Aufkommen für 2009 rd. 220,5 Mio. €. Der kommunale Anteil wird quartalsweise vom Land NRW ermittelt und an die Gemeinden überwiesen. Wenn wir die Steuerschätzung 1:1 übertragen würden, müssten wir allein bei dieser Steuer in diesem Jahr mit einem Einbruch um rd. 34 Mio. € rechnen, wobei sich diese Entwicklung schon im I. Quartal hätte abzeichnen müssen. Der Betrag für das I. Quartal 2009 war aber gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert – sogar um knapp 1 Mio. € höher. Da das II. Quartal 2009 erst am 30.07.2009 fällig wird, sollten wir – wie in der Eingangsbemerkung dargestellt – diesen Zeitpunkt abwarten. Der Rückgang hätte dabei zwei Ursachen. Zum einen die wirtschaftliche Entwicklung und zum anderen die gesetzlichen Änderungen (z.B. Wiedereinführung der Entfernungspauschale, höhere Abzugsmöglichkeit für Krankenversicherungsbeiträge ab 2010), wobei sich die Wiedereinführung der Entfernungspauschale – wie erwähnt – auch bereits im I. Quartal hätte auswirken müssen.

In den Jahren 2010/2011 würden – wenn wir die Ergebnisse der Steuerschätzung 1:1 anlegen – die Einnahmeverluste gegenüber der Finanzplanung dann deutlich höher sein. Sowohl bei der Gewerbesteuer (netto) – also saldiert um die dann auch geringeren Gewerbesteuerumlagen – als auch bei der Einkommensteuer sind für beide Jahre und für beide Steuerarten jeweils Mindereinnahmen im mittleren zweistelligen Millionenbereich zu befürchten. Demgegenüber sind die Prognosen für den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer (kleines Minus) und die Grundsteuer B (kleines Plus) zu vernachlässigen.

3. Mit welchen Veränderungen bei den Schlüsselzuweisungen und Städtebaufördermitteln des Landes für 2009 bis 2011 rechnet die Kämmerei?

Die Finanzkrise wird auf allen drei staatlichen Ebenen (Bund, Länder, Gemeinden) zu einer spürbaren Verschlechterung der Finanzausstattung führen, von der die Stadt Essen nicht ausgenommen bleiben wird. D.h., für die Schlüsselzuweisungen und pauschalen Zuweisungen des Landes muss ebenfalls mit einer Verschlechterung gerechnet werden. Die konkreten Auswirkungen lassen sich zur Zeit jedoch noch nicht prognostizieren. Für die Ermittlung der Schlüsselzuweisungen und weiterer pauschaler Zuweisungen (z.B. Schul- und

Investitionspauschale) muss erst bekannt sein, in welchem Maße das Land NRW seine auf die Kommunen im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs zu verteilenden Steueranteile („Verbundmasse“) anpasst. Prognosen des Landes NRW liegen dazu noch nicht vor; aber auch hier muss man kein Prophet sein, um voraus zu ahnen, dass auch das Land erhebliche Steuerausfälle zu erwarten hat. Außerdem ist noch nicht absehbar, welche Kommunen ggf. zusätzlich in den Kreis der Empfänger von Leistungen aus dem Kommunalen Finanzausgleich treten. Das würde bedeuten, dass eine wahrscheinlich deutliche geringere Verbundmasse auf noch mehr Kommunen verteilt werden müsste. Auch für die Prognose der Umlagesätze (LVR und RVR) kann zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Aussage getroffen werden.

Das Niveau der Städtebauförderungsmittel des Landes NRW war in den letzten Jahren stets auf hohem Niveau. Umfasste das Programmvolume in 2007 noch 152 Mio. € und in 2008 rd. 218 Mio. €, so konnte das Land in 2009 für städtebauliche Maßnahmen der Städte, Gemeinden und Kreise ca. 261 Mio. € bereitstellen. Die Stadt Essen hat in 2007 ca. 22 Mio. €, in 2008 ca. 32 Mio. € erhalten. In 2009 wird die Stadt Essen ca. 24,5 Mio. € (ohne Förderreserven) erhalten. Wobei jeweils im Durchschnitt ca. 15 Mio. € für das Weltkulturerbe Zollverein enthalten sind. Nach dem NRW-EU Ziel-2-Programm für den Zeitraum 2007 bis 2013 können EU-Mittel nunmehr auch für die „Nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung“ eingesetzt werden, was für die Fortsetzung eines hohen Niveaus der Städtebauförderung auch in den nächsten Jahren spricht.

Derzeit sind keine Anzeichen bekannt, die eine Absenkung des Programmvolumens in den nächsten Jahren bereits heute erkennen lassen. Gleichwohl ist das Programmvolumen jeweils von der allgemeinen Haushaltssituation von Bund und Land abhängig.

4. *Welche finanziellen Auswirkungen werden die ab dem Jahr 2012 anstehenden Rückzahlungen des städtischen Eigenanteils am Konjunkturpaket II haben, bzw. mit welchen weiteren indirekten Auswirkungen des Konjunkturpaketes ist zu rechnen?*
5. *Lassen sich für die Jahre danach Aussagen über die Auswirkungen der Wirtschaftskrise insbesondere auf die Eigenkapitalentwicklung treffen?*
6. *Welchen Veränderungen werden dadurch die bereits bis 2013ff geplanten Investitionen und Sanierungen (z.B. bei Sportstätten und im Schulbau) unterliegen?*

Von den zugewiesenen Mitteln in Höhe von rd. 70 Mio. € muss die Stadt Essen einen Eigenanteil von 12,5 % tragen. Die Rückzahlung erstreckt sich auf einen Zeitraum von 10 Jahren. Die Tilgung erfolgt durch einen pauschalen Abzug bei den finanzkraftunabhängigen Zuweisungen im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs (z.B. Investitionspauschale).

Die geplanten Investitionen im Schulbau werden zum einen aus der Schulpauschale des Landes und zum anderen über Kreditmittel finanziert. Ob das Land hier Kürzungen vornimmt bzw. die Kriterien für die Festlegung der Kreditrate erneut ändern wird, kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht beurteilt werden. Das Sonderprogramm für die Sanierung und Modernisierung von Sportanlagen und Bädern („22,5 Mio. €-Programm“) ist dabei in diesem Umfang mit der Kommunalaufsicht abgestimmt worden – ich verweise in diesem Zu-

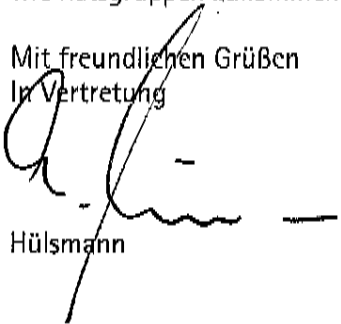
sammenhang auf die von der Kommunalaufsicht geforderte Bestätigung der Schließungsbeschlüsse -, so dass ich für dieses Programm für den mittelfristigen Finanzplanungszeitraum 2008 - 2012 keine Änderungen erwarte.

Seite 4

Nicht eingeschätzt werden können zum gegenwärtigen Zeitpunkt mangels präziser Zahlen die Auswirkungen auf die Eigenkapitalentwicklung und die Entwicklung des Sozialhaushaltes (z.B. höhere Kosten der Unterkunft im SGB II aufgrund einer höheren Arbeitslosenzahl).

Ausfertigungen dieses Schreibens habe ich auch den anderen Ratsfraktionen sowie Ratsgruppen zukommen lassen.

Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung



Hülsmann